



**Willkommen zur Vollversammlung der
Jusos Dresden
04. Mai 2013
- Herbert-Wehner-Saal -**

- **Tagesordnung**
- **Geschäftsordnung**
- **Richtlinien**
- **Kandidaturen**
- **Anträge**



Vorläufige Tagesordnung:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden Stefan Engel
2. Konstituierung der Vollversammlung
 - a. Beschlussfassung der Geschäftsordnung
 - b. Wahl des Tagungspräsidiums
 - c. Beschlussfassung der Tagesordnung
 - d. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Grußworte
4. Wahl der Delegation zur Landesdelegiertenkonferenz
5. Antragsberatung
6. Schlusswort der/des Vorsitzenden

* gegebenfalls findet die Antragsberatung zwischen den einzelnen Wahlgängen statt



Vorläufige Geschäftsordnung:

1. Eröffnung

- Der/Die Unterbezirkvorsitzende eröffnet die Vollversammlung (VV) und bringt die Geschäftsordnung (GO) zur Beschlussfassung ein.
- Die VV wählt auf Vorschlag der Versammlung ein dreiköpfiges Präsidium. Die UBK wählt auf Vorschlag der Versammlung eine mindestens dreiköpfige Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK).

2. Stimmberechtigte

- Stimmberechtigt auf der VV sind alle im Bereich des Unterbezirks Dresden gemeldeten SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres sowie alle im Unterbezirk Dresden gemeldeten („NUR-“) Jusos.

3. Tagesordnung, Verhandlungsgegenstand, Anträge

- Die VV beschließt auf Vorschlag des Unterbezirksvorstandes eine Tagesordnung (TO).
- Verhandlungsgegenstand sind auf der TO angeführte Tagesordnungspunkte (TOPs), Änderungsanträge, Initiativanträge und Anträge auf Geschäftsordnung.
- Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) können mündlich gestellt und begründet werden. Die/der Antragsteller/in erhält außerhalb der Reihenfolge das Wort, die Redezeit beträgt höchstens drei Minuten. Die Abstimmung über GO-Anträge erfolgt nach maximal einer Pro- und Kontrarede. GO-Anträge ohne Gegenrede gelten als angenommen. GO-Anträge können sein: Vertagung des Verhandlungsgegenstandes oder der VV, Absetzung des Verhandlungsgegenstandes von der TO, Verlangen nach Personaldebatte, erneute Abstimmung, Schluss der Debatte, Schluss der Redeliste, Festlegung der Redezeiten und Überweisung an den Vorstand. Anträge, die die Redeliste betreffen, werden erst nach Verlesen der Redeliste zur Abstimmung gestellt.

4. Abstimmung, Beschlussfassung

- Vor der Abstimmung wird der Abstimmungsinhalt vom Präsidium genau formuliert.
- Vor der Abstimmung über einen Antrag ist über Änderungsanträge abzustimmen.
- Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Hochhalten der Stimmkarte. Auf Verlangen des Präsidiums oder einer/eines Stimmberechtigten muss das Stimmergebnis ausgezählt werden.
- Abstimmungen sind offen.
- Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern nichts anderes festgelegt ist. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.



1 5. Redeordnung
2

- 3 • Die Redezeit der Diskussionsredner/innen beträgt maximal drei Minuten.
- 4 • Wortmeldungen sind dem Präsidium durch Handzeichen anzuzeigen.
- 5 • Das Rederecht erhalten alle Jusos und geladene Gäste.
- 6 • Das Rederecht erhalten abwechselnd Frauen und Männer. Sollte kein/e
- 7 Redner/in des einen Geschlechts auf der Redeliste stehen wird nach drei
- 8 RednerInnen des einen Geschlechts die Liste geschlossen. ("hart" quotierte
- 9 Redeliste)
- 10 • Redner/innen, die sich zum jeweiligen Tagesordnungspunkt oder Antrag noch
- 11 nicht zu Wort gemeldet haben, erhalten Vorrang. (Erstrederecht)
- 12 • Die Redeliste ist für alle Teilnehmer/innen sichtbar zu visualisieren.
- 13 • Außerhalb der Reihe erhalten das Wort: Redner/innen zur GO, Einbringer/innen
- 14 von Anträgen, Kandidat(inn)en während ihrer Vorstellung.
- 15 • Persönlicher Erklärungen sind nur nach Beendigung der Behandlung eines
- 16 Antrages oder TOPs möglich.

17
18 6. Wahlen
19

- 20 • Für alle von der VV vorzunehmenden Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD.
- 21 • Wahlvorschläge können aus der Mitte der Konferenz heraus gestellt werden.

22
23 7. Protokolle
24

- 25 • Das Protokoll umfasst die Zahl der Stimmberechtigten, die Beschlussvorlagen
- 26 und die Anträge.
- 27 • Bei Abstimmungen wird das Stimmergebnis, auf Antrag das genaue
- 28 Stimmenverhältnis festgehalten.

29
30 8. weitere Festlegungen, Auslagen und Änderung der GO
31

- 32 • Während der VV ist im Plenum das Rauchen verboten.
- 33 • Die GO tritt mit Beschluss durch die UBK in Kraft.
- 34 • Die GO kann nur mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten
- 35 geändert werden

36



Richtlinien:

Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos) in der SPD - Unterbezirk Dresden -

§ 1 Grundsätze

(1) Die Jusos Unterbezirk Dresden sind eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(2) Der Arbeitsgemeinschaft der Jusos gehören die Mitglieder der SPD bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres an. Personen, die nicht Mitglied der SPD sind, können bei den Jusos stimmberechtigt mitarbeiten. Werden Personen vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jusos gewählt, so können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben.

(3) Die Tätigkeit der Jusos versteht sich als ein Beitrag zum Prozess der innerparteilichen Willensbildung und eigenständiger öffentlicher Werbung für sozialdemokratische Politik. Ihre inhaltliche Grundlage ist das Grundsatzprogramm der SPD.

§ 2 Gliederung

(1) Der Juso-Unterbezirk Unterbezirk Dresden umfasst das Gebiet des SPD- Unterbezirks Unterbezirk Dresden und hat seinen Sitz in Dresden.

(2) Kleinste Organisationseinheit ist die örtliche Arbeitsgemeinschaft (AG). Diese kann auf dem Gebiet von einem oder mehreren SPD-Ortsvereinen vom Juso-Unterbezirksvorstand auf Wunsch von mindestens fünf in dem Gebiet wohnhaften Mitgliedern gebildet werden. AGs wählen für ein Jahr eine/n Sprecher/in.

(3) Der Juso-Unterbezirksvorstand und die örtlichen AGs können themenbezogene Arbeitskreise und Projektgruppen einberufen. Diese wählen für ein Jahr eine/n Sprecher/in. Die Arbeitskreissprecher/innen haben für ihren Arbeitsbereich ein Außenvertretungsrecht gegenüber der SPD und der Öffentlichkeit.

(4) Organe der Jusos im Unterbezirk Unterbezirk Dresden sind:

- die Unterbezirkskonferenz
- der Unterbezirksvorstand

§ 3 Unterbezirkskonferenz (Vollversammlung)

(1) Die Unterbezirkskonferenz ist das oberste Beschlussorgan. Sie findet ordentlich jährlich statt.

(2) Eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz muss auf Beschluss des Unterbezirksvorstands oder auf Antrag von mind. einem Fünftel der stimmberechtigten Jusos im Unterbezirk einberufen werden.

(3) Die Unterbezirkskonferenz setzt sich aus allen stimmberechtigten Jusos zusammen.

(4) Die Einberufung erfolgt durch den Unterbezirksvorstand. Dieser muss alle stimmberechtigten Jusos spätestens 14 Tage vor der Konferenz mit Angabe einer vorläufigen Tagesordnung einladen.

(5) Die Unterbezirkskonferenz beschließt über alle Fragen, die die Organisation und Arbeit des Unterbezirks berühren. Sie beschließt ein Arbeitsprogramm.

(6) Die Unterbezirkskonferenz wählt jedes Jahr den Unterbezirksvorstand und die Delegation zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz der sächsischen Jusos.



1 (7) In den Funktionen und Delegationen der Jusos müssen Frauen mit mindestens 40%
2 vertreten sein. Bei der Feststellung der Zahl der mindestens zu wählenden Frauen ist
3 aufzurunden, es sei denn, die Zahl der Frauen, die einem
4 Vorstand oder einer Delegation angehören müssen, würde mehr als die Hälfte
5 betragen.
6

7 **§4 Unterbezirksvorstand**

8 (1) Die Leitung des Juso-Unterbezirks und seine Vertretung in Partei und Öffentlichkeit
9 sowie die Koordination der politischen Arbeit obliegt dem Unterbezirksvorstand.

10 (2) Dem Unterbezirksvorstand gehören stimmberechtigt an:

- 11 - ein/e Unterbezirksvorsitzende/r
- 12 - ein/e stellvertretende/r Unterbezirksvorsitzende/r
- 13 - fünf Beisitzer/innen

14
15 Die/der Vorsitzende, die/der Stellvertreter und die Beisitzer/innen stellen den
16 gewählten, stimmberechtigten Unterbezirksvorstand.

17 (3) Mit beratender Stimme gehören dem Unterbezirksvorstand weiterhin an: die
18 Sprecher/innen der Arbeitskreise, Projektgruppen und örtlichen
19 Arbeitsgemeinschaften, ein/e von der Juso-Hochschulgruppe Dresden zu
20 benennende/r Vertreter/in sowie die im Unterbezirkbereich gemeldeten
21 Vorstandsmitglieder höherer Juso-Gliederungsebenen.

22 (4) Der Unterbezirksvorstand hat folgende Aufgaben:

- 23 - Führung der laufenden Geschäfte
- 24 - Umsetzung und Weiterleitung der Beschlüsse der Unterbezirkskonferenz
- 25 - Vertretung der Jusos in den Gremien der SPD und in der Öffentlichkeit
- 26 - Beschlussfassung inhaltlicher Positionen, sofern dies nicht bereits durch die
- 27 Unterbezirkskonferenz geleistet wurde
- 28 - Planung und Durchführung von im Arbeitsprogramm formulierten Kampagnen und
- 29 Projekten
- 30 - Herstellung von Kontakten zu anderen Jugendorganisationen auf Unterbezirksebene,
- 31 insbesondere zur Gewerkschaftsjugend und zu SJD - Die Falken.

32
33 (5) Der Unterbezirksvorstand ist der Unterbezirkskonferenz rechenschafts- pflichtig.
34

35 **§5 Öffentlichkeit**

36 (1) Die Unterbezirkskonferenz ist öffentlich.

37 (2) Die Sitzungen des Unterbezirksvorstands sind für alle Jusos und SPD- Mitglieder
38 öffentlich.
39

40 **§6 Schlussbestimmungen**

41 (1) Diese Richtlinien treten mit der Beschlussfassung durch die Unterbezirkskonferenz
42 am 01.03.2008 in Kraft.

43 (2) Diese Richtlinien können nur durch Beschluss einer Unterbezirkskonferenz mit 2/3-
44 Mehrheit geändert werden.
45
46
47



Bisher vorliegende Kandidaturen:

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18

Landesdelegiertenkonferenz (vsl. 17 Delegierte):

Benjamin	Bark	Maike	Andrews
Matti	Drechsel	Jessika	Markert
Vincent	Drews	Juliane	Path
Stefan	Engel	Henriette	Winkler
Felix	Göhler		
Christopher	Jakoby		
Richard	Kaniewski		
Benjamin	Kümmig		
Mathias	Rudolph		
Michael	Seifert		
Stefan	Weißgerber		
Christian	Winzer		



Anträge:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

A1

AntragstellerIn: Juso-Unterbezirksvorstand

Vorstandsgröße flexibilisieren

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen:

§ 4 (2) der Richtlinien der Jusos Dresden folgendermaßen zu ändern:

Alt:

„Dem Unterbezirksvorstand gehören stimmberechtigt an:

- ein/e Unterbezirksvorsitzende/r

- ein/e stellvertretende/r Unterbezirksvorsitzende/r

- fünf Beisitzer/innen

Die/der Vorsitzende, die/der Stellvertreter und die Beisitzer/innen stellen den
gewählten, stimmberechtigten Unterbezirksvorstand“

Neu:

„Dem Unterbezirksvorstand gehören stimmberechtigt an:

- ein/e Unterbezirksvorsitzende/r

- ein/e stellvertretende/r Unterbezirksvorsitzende/r

- bis zu neun Beisitzer/innen

Die Zahl der Beisitzer/innen wird von der Vollversammlung vor der Wahl des
Unterbezirksvorstands unter Berücksichtigung der zu erreichenden Quotierung
festgelegt. Die/der Vorsitzende, die/der Stellvertreter/in und die Beisitzer/innen
stellen den gewählten, stimmberechtigten Unterbezirksvorstand.“

Begründung:

Der Juso-Unterbezirksvorstand zeichnet sich bisher durch eine recht dichten
Sitzungsturnus und eine vergleichsweise hohe Arbeitsbelastung aus. Im Unterschied zu
früheren Vorständen befanden sich in den letzten anderthalb Jahren unter den
Vorstandsmitgliedern deutlich mehr Personen, die Doppelfunktionen in Jusos wie
Partei besetzen. Dies ist in erster Linie positiv, da es unsere Verankerung und unseren
Einfluss innerhalb der SPD erhöht. Andererseits verringert es aber auch die
Arbeitskapazitäten, die für die Jusos zur Verfügung stehen. Dazu kam der Fakt, dass die
Arbeitsverteilung innerhalb des Vorstands keineswegs immer gleich war, sondern
vielmehr einzelne Leute aus den verschiedensten Gründen ausfielen, andere hingegen
umso mehr leisten mussten.

In Anbetracht dieser Tatsachen wollen wir mit dieser vorgeschlagenen Änderung der
Richtlinien zumindest die Möglichkeit zur Vorstandsvergrößerung schaffen. Mit einer
Maximalgröße von elf Mitgliedern bleiben wir aber auch in einer überschaubaren und



1 arbeitsfähigen Größenordnung, die in anderen Juso-Gliederungen vergleichbarer
2 Größe Gang und Gäbe ist. Zudem bietet ein vergrößerter Vorstand auch die
3 Möglichkeit, mehr Mitglieder als bisher an der grundlegenden Organisation unserer
4 Arbeit federführend zu beteiligen. Auch die politische Breitenwirkung innerhalb der
5 Dresdner SPD und ihren Ortsvereinen könnte so erhöht werden. Ob diese
6 Vergrößerung im Einzelfall sinnvoll ist, muss in Zukunft allerdings die
7 Vollversammlung entscheiden.

8
9 Klar ist für uns aber auch, dass unter einer Vergrößerung des Vorstands keinesfalls die
10 Quotierung leiden darf. Dieser Verantwortung muss sich die Vollversammlung bei der
11 Festlegung der Größe unter Beachtung der zu erwartenden Kandidaturen stets
12 bewusst sein.

13



1 **A2**

2 AntragstellerIn: Fabian Wendt

3

4 **Frieden für Syrien**

5

6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

8

9 Der Bürgerkrieg in Syrien ist eine humanitäre Katastrophe vor der Türschwelle Europas,
10 die die internationale Staatengemeinschaft nicht weiter ignorieren darf. Tatenlosigkeit
11 macht Deutschland mitschuldig an den Menschenrechtsverletzungen und Morden in
12 Syrien und toleriert sträflich wie ein Kerninteresse Europas, das Interesse an freien,
13 stabilen und friedlichen Nachbarstaaten, verletzt wird. Die Bundesregierung muss ihre
14 außenpolitische Lethargie und ihren Isolationismus beenden und aktiv in den Konflikt
15 eingreifen.

16

17 Ein militärischer Einsatz aber garantiert allein mehr Leid der Zivilbevölkerung und
18 würde den Bürgerkrieg des Landes mit Gewissheit zu einem Stellvertreterkrieg der
19 konkurrierenden Allianzen ausweiten. Deutsche Außenpolitik darf es nicht sein, auf
20 dem Rücken der syrischen Bevölkerung, Vormachtsbestrebungen irgendeiner
21 Interessengruppe im Nahen Osten zu fördern. Aufgabe deutscher Außenpolitik ist
22 vielmehr die engagierte Anwaltschaft für die Not leidenden Menschen in Syrien durch
23 eine diplomatische Initiative auf oberster Ebene.

24

25 Strategie der deutschen diplomatischen Intervention muss sein, das Patt des
26 Bürgerkrieges und die gemeinsame Angst aller Außenmächte vor einem Staatszerfall
27 zu nutzen, um eine allseitig akzeptierte Neutralität Syriens im Hegemonialkampf des
28 Nahen Ostens auszuhandeln. Nur vor diesem Hintergrund kann al-Assad und der
29 innere Kreis der Baath Partei, sowie des Sicherheitsapparates, mit Druck und einem
30 Amnestieangebot ins Exil gedrängt werden. Eine Übergangsregierung des
31 konstituierten Syrischen Nationalrats, die Einforderung der zugesicherten
32 internationalen Hilfszahlungen und eine Friedensmission der Vereinten Nationen
33 können dann den Boden für den Wiederaufbau des Landes und die Rückkehr der
34 syrischen Flüchtlinge bereiten.

35

36 Mit dem Vorbehalt, dass eine neu zu schreibenden Verfassung für Syrien erst durch
37 Genehmigung des UN Sicherheitsrates Gültigkeit erlangt, kann ein wirksamer
38 Minderheitenschutz garantiert werden, welcher unabdingbar für die innere Stabilität
39 der heterogenen Gesellschaft ist, genauso wie damit auch nach außen eine
40 fortwährende, glaubhafte Neutralität versichert werden kann.

41

42 Begründung: erfolgt mündlich

43



1 **A3**

2 AntragsstellerIn: Juso-Unterbezirksvorstand

3
4 **Den Politikwechsel in Dresden gestalten – Die Kommunalwahl 2014 aus Juso-Sicht**

5
6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen:

7
8 ***Grundsätzlich***

9
10 Mit der Stadtratswahl 2014 bietet sich in Dresden zum wiederholten Male die
11 Möglichkeit eine andere Politik in unserer Stadt durchzusetzen. Nach mittlerweile fast
12 vier Jahren mühevoller Kleinarbeit stehen die Chancen dafür umso besser. Unsere SPD-
13 Stadtratsfraktion macht auch aus Sicht von uns Jusos eine gute Arbeit und konnte in
14 vielen Bereichen Initiativen starten, die auch maßgeblich die inhaltlichen Positionen
15 von uns als Jugendverband nach vorne brachten. Möglich wurde dies auch durch die
16 engagierte Arbeit unserer „Juso-StadträtInnen“ Richard Kaniewski bzw. Albrecht Pallas
17 und unserer leider schon dem Juso-Alter entwachsenen SPD-Vorsitzenden Sabine
18 Friedel.

19
20 Diese Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion muss in Zukunft gestärkt werden. Im Hinblick
21 auf die Wahl 2014 muss es Ziel sein das SPD-Ergebnis deutlich zu steigern. Eine
22 flächendeckende Präsenz in allen zwölf städtischen Wahlkreisen muss für uns das
23 Mindeste sein. Doch sollte unser Augenmerk nicht nur aus unserem Ergebnis liegen,
24 vielmehr wollen wir das Ziel einer „linken Mehrheit“ im Dresdner Stadtrat endlich
25 realisieren. Drei Mandate fehlen der SPD, der Linken und den Grünen bisher dafür.
26 Diese Mehrheit wollen wir nicht nur erringen, vielmehr sollte für uns auch klar sein,
27 dass wir diese dann auch nutzen und anderen, rein rechnerisch möglichen Optionen
28 eine klare Absage erteilen. Ein wirklicher Politikwechsel in Dresden kann nur ohne
29 Einschluss einer selbstherrlich agierenden CDU gelingen. Für eine längerfristige
30 Zusammenarbeit sind die Dresdner Christdemokraten (und die Dresdner FDP erst
31 recht) nicht zu gebrauchen.

32
33 ***Was wollen wir Jusos noch?***

34
35 Neben all der Mehrheitsarithmetik ist uns auch bewusst, dass die derzeitige
36 strukturelle Zusammensetzung unserer SPD-Stadtratsfraktion keineswegs optimal ist.
37 Von unseren neun StadträtInnen sind acht männlich und nur eine (nämlich Sabine)
38 weiblich. Für eine Partei, die die Gleichstellung der Geschlechter zu einem ihrer
39 Hauptziele erhoben hat, darf dieser Zustand nicht akzeptabel sein. Der Anteil
40 weiblicher SPD-StadträtInnen muss sich in der nächsten Legislatur deutlich erhöhen.
41 Hier stehen in erster Linie die Ortsvereine als Listen-vorschlagende Gremien in der
42 Verantwortung. Wir haben in der Dresdner SPD viele kompetente und fitte Frauen, die
43 für unsere Fraktion zweifelsohne eine Bereicherung wären. Diese Potenziale müssen
44 die Ortsvereine auch abrufen und den „Mut“ aufbringen Genossinnen auf Listenplatz 1
45 in ihrem Stadtteil zu stellen. Wir Jusos werden dies in den Ortsvereinen und auf
46 Stadtebene bestmöglich unterstützen und vorantreiben. Sollte sich die
47 Geschlechterzusammensetzung der SPD-Fraktion auch nach der Kommunalwahl 2014
48 nicht deutlich geändert haben, werden wir Jusos über geeignete Veränderungen des
49 Aufstellungsprozesses beraten.



1 Zugleich werden wir auch den Anspruch erheben, dass sich die junge Altersstruktur der
2 Dresdner SPD auch auf den Kommunalwahllisten und in der zukünftigen
3 Stadtratsfraktion widerspiegelt. Richard und Albrecht haben gezeigt, dass es auch in
4 „jungen Jahren“ möglich ist viele Wählerinnen und Wähler für sozialdemokratische
5 Inhalte zu gewinnen. Auch die Tatsache, dass sechs der zehn Dresdner SPD-Ortsvereine
6 von Jusos geleitet werden, sollte für uns Ansporn genug sein. Gerade die SPD-intern
7 veränderte Wahlkampfphilosophie („jede Stimme auf jedem Platz zählt“) bietet für uns
8 einige Möglichkeiten: Juso-Kandidierende (auf welchem Platz auch immer) können
9 umso besser eigenständigen Wahlkampf betreiben und für unsere Inhalte eintreten.
10 Franziska Wende hat 2009 in Dresden-Mitte bereits gezeigt, dass dies möglich ist. Auf
11 diesem Weg können wir uns auch in den Stadtteilen bekannter machen und gezielter
12 kommunalpolitische Themen aufnehmen. Da im Zuge der Kommunalwahlen auch die
13 Dresdner Ortsbeiräte neubesetzt werden, sollten die in Ortsvereinen aktive Jusos
14 bedenken, ob nicht gerade das Engagement in diesem untersten kommunalen
15 Gremium ein adäquater Einstieg in die aktive Kommunalpolitik sein kann.

16
17 Nicht zuletzt bietet der Kommunalwahlkampf für uns als Verband auch sehr gute
18 Möglichkeiten, um neue Mitglieder für uns Jusos und für die SPD zu gewinnen.

19 20 *Jusos und Kommunalpolitik*

21
22 Eine grundsätzliche Frage war in der Vergangenheit wie, in welchem Umfang und wo
23 wir Jusos kommunalpolitisch aktiv sein wollen. Einige Entwicklungen der letzten Jahre
24 geben darauf eine Antwort: Der Versuch einen Arbeitskreis Kommunales zu etablieren
25 und damit dauerhaft kommunalpolitisch interessierte Jusos anzusprechen kann
26 insgesamt als gescheitert angesehen werden. Trotz umfangreicher inhaltlicher und
27 organisatorischer Vorbereitung fand sich zumeist nur eine überschaubare Zahl von
28 Jusos bei Veranstaltungen ein. Nicht zuletzt fehlten nach und nach auch Leute, die
29 neben ihren anderen Verpflichtungen innerhalb der SPD ein ausreichendes Zeitbudget
30 für die regelmäßige Organisation dieses Arbeitskreises hatten.

31
32 Parallel dazu wuchs die Zahl von aktiven Jusos in den SPD-Ortsvereinen. Ausdruck
33 dafür ist nicht nur, dass sechs der zehn Ortsvereine von Jusos geleitet werden, vielmehr
34 gibt es auch in den Ortsvereinsvorständen viele weitere aktive Jusos. Das liegt an den
35 vielen kommunalpolitisch fitten Jusos, die wir in unseren Reihen haben; und die sich
36 durch regelmäßige und zuverlässige Arbeit in ihren Ortsvereinen auszeichnen. Dadurch
37 sind die Ortsvereine insgesamt auch für weitere Jusos attraktiver geworden.

38 Diese Entwicklung wollen wir in Zukunft fortführen und unsere Genossinnen und
39 Genossen weiterhin motivieren sich auf dieser Ebene kommunalpolitisch einbringen.
40 Dies ist auch Garant dafür, die insgesamt starke Stellung der Jusos innerhalb der
41 Dresdner SPD zu erhalten und auszubauen.

42
43 Trotzdem werden sich die Dresdner Jusos natürlich weiterhin zu jugendrelevanten
44 Themen in unserer Stadt äußern und insbesondere Position beziehen, wenn die
45 Stadtratsfraktion Themen nicht aufnimmt oder wir als Verband eine dezidiert andere
46 Meinung haben. Natürlich werden wir auch weiterhin kommunalpolitische Themen
47 aufgreifen und eigene Veranstaltungen hierzu organisieren. Die erfolgreichen Abende
48 z.B. zu den Themen Asylpolitik in Dresden, Obdachlosigkeit oder Wohnungspolitik sind
49 dafür ein gutes Vorbild.



1 *Die nächsten Schritte...*

2

3 In einigen Ortsvereinen laufen die Diskussionen über die Kommunalwahllisten schon,
4 in anderen Gliederungen stehen diese Debatten noch an. Die endgültigen
5 Listenreihungen werden erst nach der stadtweiten Wahlkonferenz am 30. November
6 2013 feststehen.

7

8 Neben all den Personalfragen wird die Dresdner SPD in dieser Konferenz auch wieder
9 ein Kommunalwahlprogramm verabschieden. Inhaltlich wird es weitestgehend auf das
10 gelungene und für uns Jusos sehr gut tragbare Programm zur Stadtratswahl 2009
11 aufbauen. Trotzdem sollten wir kritisch prüfen, an welchen Stellen wir anhand unserer
12 Positionierungen und Grundüberzeugungen noch Ergänzungsbedarf sehen. Ziel muss
13 ein klares linkes Programm sein, dass den Willen zum Politikwechsel deutlich macht.
14 Mit der starken Juso-Präsenz in der AG Kommunalwahlen der SPD Dresden sollte dies
15 gelingen. In diesem Zusammenhang wird der Juso-Unterbezirksvorstand
16 selbstverständlich unsere Beschlusslagen der letzten Jahre sichten und
17 kommunalpolitisch relevante Themen herausfiltern.

18

19 Im Wahlkampf selbst werden wir als Verband natürlich unseren unverzichtbaren
20 Beitrag leisten. In Zusammenarbeit mit unseren Kandidierenden wollen wir unsere
21 ganz speziellen „Juso-Themen“ nach vorne stellen und in die Öffentlichkeit
22 kommunizieren. Ein Mittel dazu könnten z.B. spezielle Flyer oder Postkarten sein, die
23 Juso-KandidatInnen nach vorne stellen und auch unserem Verband mit seinen ganz
24 eigenen Themen im Kommunalwahlkampf ein Gesicht geben.

25



1 **A4**

2 AntragsstellerIn: Jessika Markert, Henriette Winkler

3
4 **Frauenfreundliche Stadtverwaltung**

5
6 "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden."

7 Berliner Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1989

8
9 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
10 Dresdner Stadtrat weiterleiten:

11
12 Der Stadtrat wird dazu aufgefordert,

- 13
- 14 • sich für eine schrittweise Erhöhung des weiblichen Anteils durch eine Quote von
15 40 % in Amtsleitungspositionen einzusetzen.
 - 16 • sich dafür zu engagieren, daß die Arbeitsgestaltung in Amtsleitungspositionen
17 für Menschen, die sich in völlig unterschiedlichen Lebenslagen befinden können,
18 flexibler strukturiert wird.
- 19

20 Darüber hinaus müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die
21 Gleichstellungskompetenz von Führungskräften und die Transparenz bei der
22 Besetzung von Spitzenpositionen in der Verwaltung zu erhöhen.

23
24
25 **Begründung:**

26
27 Die gute Nachricht lautet: Im letzten Gleichstellungsbericht der Landeshauptstadt
28 Dresden von 2010 (!) wird ein Frauenanteil in der Dresdner Stadtverwaltung 61 Prozent
29 ausgegeben. Ferner finden sich in Leitungspositionen auf Abteilungs- und
30 Sachgebietsebene durchschnittlich über 50 Prozent Frauen. Blickt man jedoch auf die
31 Verteilung innerhalb der Geschäftsbereiche ergibt sich ein deutlich ambivalenteres
32 Bild: Die prozentuale Verteilung von Frauen in Leitungsposition bewegt sich auf
33 Abteilungsebene zwischen 16 und 78 Prozent, auf Sachgebietsebene zwischen 45 und
34 89 Prozent. Auffällig ist dabei, dass Männer vor allem in die technischen und
35 Wirtschaftsbereich überdurchschnittlich stark vertreten sind, Frauen hingegen in den
36 sozialen Arbeitsbereichen.

37 Dies spiegelt die schon gesellschaftlich verankerten (teilweise sexistischen) Stereotype
38 wieder, die in Debatten, ob Frauen in Führungspositionen "gehören"[sic!], immer
39 wieder reproduziert werden.

40
41 Schauen wir im Organigramm noch eine Hierarchieebene nach oben, zeigt sich das
42 Missverhältnis besonders deutlich: Innerhalb der Amtsleitungen sind Frauen nach wie
43 vor mit 22,6 Prozent erheblich unterrepräsentiert.

44 Noch wesentlich drastischer sieht es an der Rathaushausspitze aus: Die sieben (vom
45 Stadtrat gewählten) Beigeordneten der Oberbürgermeisterin sind allesamt männlich.

46 Diese Zahlen belegen, dass innerhalb der Dresdner Stadtverwaltung großer
47 Handlungsbedarf besteht; insbesondere in jenen Geschäftsbereichen, in denen das
48 Missverhältnis zwischen Männern und Frauen prozentual besonders groß ist.

49



1 Für eine Quotierung bei der Besetzung von Amtsleiter_innenposten spricht die hohe
2 Prozentzahl an Frauen, die in Dresden bereits eine Leitungsposition inne haben, da
3 diese Frauen meist schon Erfahrung mitbringen, die ihnen für diese Position viele
4 Vorteile bringen kann. Sie sollten daher besonders bestärkt werden, sich auf die
5 angebotenen Führungspositionen zu bewerben. Weiterhin belegen auch Studien der
6 Psychologie, dass Frauen als kritische Masse in einer höheren Anzahl durchaus in der
7 Lage sind, einen anderen Status quo zu schaffen.

8
9 Aber auch die Frauen, die bislang noch keine hohe Position in der Verwaltung inne
10 haben, dies aber anstreben, sollte die Bewerbung auf die jeweiligen Posten nahe gelegt
11 werden. Das Bewerbungsverfahren sollte dann, wenn allzu große Hemmnisse, wegen
12 der für diesen Job nicht relevanten Kriterien wie Geschlecht, Alter, Familienstand,
13 Herkunft etc. bestehen, für alle Bewerber_innen anonymisiert geführt werden.

14
15 Ein weiterer, sehr zentraler Aspekt ist die Gestaltung der Arbeitsorganisation: variabler
16 Arbeitsort, angepasste Arbeitsmodelle, Abbau von Anwesenheitskultur. Vordergründig
17 familienorientierte Angebote sollte so geschnitten sein, dass sie es Frauen und Männern
18 leichter machen, Familie und berufliche Spitzenposition zu vereinbaren. Dabei sollte
19 aber z.B. auf die absolute Freiwilligkeit für Frauen, in Teilzeit zu gehen, Wert gelegt
20 werden und Männer sollten bei dem Wunsch auf eine längere Zeit mit dem Nachwuchs
21 unterstützt werden. Dies sollte auch in Führungspositionen möglich sein. Auch
22 Gleitzeitmodelle z.B. sollten hier denkbar sein.

23
24 Darüber hinaus müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die
25 Gleichstellungskompetenz von Führungskräften sowie die Transparenz bei der
26 Besetzung von Spitzenpositionen zu erhöhen.

27



1 **A5**

2 AntragstellerIn: Matti Drechsel

3

4 **Rückt den Sportplatz raus!**

5

6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Stadtratsfraktion weiterleiten.

8

9 Die Jusos Dresden fordern die Dresdner SPD Stadtratsfraktion auf sich für eine Öffnung
10 der Außenbereiche der Sportanlagen von Schulen an Wochenenden und Feiertagen,
11 einzusetzen.

12

13 **Begründung:**

14

15 An Wochenenden und Feiertagen sind diese Außenanlagen zumeist ungenutzt, dabei
16 gibt es aber Bürger die gern Tischtennisplatten, Laufbahnen oder Spielfelder nutzen
17 möchten. Diese werden entweder durch unerklimmbare Zäune aufgehalten oder durch
18 einen alarmierten Bereitschaftshausmeister vom Grundstück gejagt. Anderen Orts
19 werden wiederum ähnliche Sportanlagen für die Öffentlichkeit geschaffen. Es entsteht
20 eine Doppelstruktur die auch doppelt kostet. Das Schulnetz ist eng, so eng könnte auch
21 die Sportliche Infrastruktur sein und damit vielleicht mehr Bürger dazu motivieren
22 Sport zu treiben.

23



1 **A6**

2 AntragstellerIn: Matti Drechsel

3

4 **Jugendkultur erhalten!**

5

6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Stadtratsfraktion weiterleiten:

8

9 Die Jusos Dresden fordern die Dresdner SPD-Stadtratsfraktion dazu auf sich für eine
10 langfristige Erhaltung des Skateparks an der Lingnerallee einzusetzen.

11

12 Begründung:

13

14 Die Stadt möchte das Areal um den Lingner Park zum "Exklusive(n) Stadtquartier
15 zwischen Zentrum und Großen Garten"

16 (http://www.minnemediade/dynamikhauptstadt/dresden_lingnerparkstadt.html)

17 weiterentwickeln. Dabei soll der Hauptteil der Fläche zu Wohnanlagen umgestaltet
18 werden. Das Augenmerk wird auf mögliche „Anspruchsvolle“ Mieter und Käufer
19 gelegt. Leider findet sich in den Plänen kein Hinweis auf das Schicksal welches den
20 dortigen Skatepark ereilen würde. Ihn wieder abzureisen wäre zu allererst
21 Geldverschwendung da der Park erst vor wenigen Jahren eingerichtet wurde. Zudem
22 hat sich um den Skatepark in den letzten Jahren eine entsprechende Infrastruktur
23 gebildet. In direkter Umgebung gibt es einen Fachhändler und es finden verschiedene
24 Veranstaltungen statt.

25



1 **A7**

2 AntragsstellerIn: Matti Drechsel

3

4 **Jugendparlament schaffen!**

5

6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Stadtratsfraktion weiterleiten:

8

9 Die Jusos Dresden fordern die Dresdner SPD Stadtratsfraktion dazu auf sich dafür
10 einzusetzen das vom Stadtrat eine Initiative zur Einrichtung eines stadtweiten
11 Jugendparlamentes gestartet wird.

12

13 **Begründung:**

14

15 Es ist leider Symptomatisch für Dresden das Jugendpolitik über die Jugend hinweg
16 gemacht wird. Entsprechend schlecht sind die Ergebnisse. Es wird Zeit das man denen
17 die noch nicht wählen dürfen eine Möglichkeit gibt mitzubestimmen. Der
18 Stadtschülerrat kann das nicht leisten, er ist auf den Bildungsbereich beschränkt und
19 wird leider auch nur so wahrgenommen. Das Jugendparlament kann natürlich nur
20 empfehlenden Charakter für den Stadtrat haben, aber durch mögliche mediale
21 Aufmerksamkeit auch Druck ausüben. Wie das Parlament konkret aussehen soll wird
22 am besten von der Initiative selbst ausgearbeitet.

23



1 **A8**

2 AntragstellerIn: Stefan Weißgerber, Michael Seifert

3
4 **Senkung des aktiven und passiven Wahlrechts**

5
6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Landesdelegiertenkonferenz mit dem Ziel der Weiterleitung an den Juso-
8 Bundeskongress weiterleiten:

9
10 Die Jungsozialistinnen und -sozialisten in der SPD sprechen sich für die Senkung des
11 aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre für Kommunal-, Landes- und
12 Bundestagswahlen aus.

13
14 **Begründung:**

15
16 Mit 16 Jahren steigen viele in die Ausbildung und damit in das Berufsleben ein. Damit
17 werden sie auch von unserer Gesellschaft in die Pflicht genommen. Ob es die
18 Entrichtung von Sozialabgaben oder von Steuern ist – dies gilt nicht erst ab der
19 Vollendung des 18. Lebensjahres.

20 Die Politik entscheidet über die Rahmenbedingungen von jungen Beschäftigten,
21 Schülern und Studenten. Es ist also folgerichtig, dass sie auch über diese
22 mitentscheiden können. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ein unter 18 jähriger
23 weniger Möglichkeiten zur politischen Entscheidungsnahme hat, als ein über 18
24 jähriger.

25
26 Die Jusos setzen sich für die Stärkung der Rechte der Gesellschaft ein. Dazu gehört für
27 uns auch, dass junge Beschäftigte, Schüler und zukünftige Studenten die Chance haben
28 müssen, mitbestimmen zu können. Gerade Themen wie Berufsausbildung und
29 Studium, Jugendarbeitsschutzgesetze, prekäre Beschäftigung und Rente betreffen
30 Jugendliche mehr als alle anderen Altersgruppen. Aus diesem Grund müssen eben
31 diese die politischen Rahmenbedingungen mitentscheiden können.

32 Damit ist die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre zwingend notwendig, denn die
33 junge Generation muss politisch mitentscheiden können um nicht eine Generation von
34 Verlierern zu werden.

35
36 -----

37
38 *Zu besagtem Antrag liegt bereits ein Änderungsantrag der beiden Antragssteller vor:*

39
40 Die Zahl „16“ wird sowohl im Antragstext als auch in der Begründung durch die Zahl
41 „14“ ersetzt.

42 Die Begründung ist durch den zweiten und dritten Absatz des Änderungsantrags zu
43 ergänzen.

44
45 **Begründung:**

46 Die Notwendigkeit auf die politischen Rahmenbedingungen, vor allem in Bezug auf
47 Berufsausbildung und Studium, Jugendarbeitsschutzgesetze, prekäre Beschäftigung
48 und Rente, ergibt sich nicht erst ab dem vollendeten 16. Lebensjahr. Vor allem in Bezug



- 1 auf Berufsausbildung und schulischer Bildung ist es dringend notwendig bereits so
2 früh wie möglich mitbestimmen zu können.
3 In der Regel ist es auch einem/r 14 jährigem/r zuzutrauen Entscheidungen zu treffen,
4 die seine/ihre Zukunft betreffen. So ist es auch bereits mit 14 Jahre möglich seine
5 Religion selbst zu bestimmen.
6
7 Die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre wird die politische Bildung zweifellos
8 vorantreiben, denn es liegt im Interesse aller Parteien, die für die schulische Bildung
9 verantwortlich sind, darauf hinzuwirken, dass alle wahlberechtigten auch die
10 entsprechende Bildung haben richtig zu entscheiden.
11
12 Des Weiteren zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks e.V. unter
13 Schülern zwischen 10 und 17, dass das politische Interesse bis zu einem Alter von 15
14 Jahren wächst. Erst mit der Pubertät lässt das politische Interesse wieder nach. Mit
15 einer Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters besteht die Möglichkeit dies zu
16 verändern. Durch eine frühst mögliche Beteiligung an politischen Entscheidungen kann
17 die Resignation vermieden werden. Immerhin wird die Aussage „Die Politiker der
18 Bundesregierung denken zu wenig daran, was Leute in meinem Alter interessiert.“ Bon
19 63% der befragten mit „stimmt“ oder „stimmt eher“ beantwortet. Dabei steigt die
20 Zustimmung von den Altersklassen 10-11 bis 16-17 von 57% auf 67% an. Die frühere
21 Beteiligung an politischen Entscheidungen würden also bereits der/die 14-jährige wird
22 zu einer attraktiven Wählerschicht machen. Ihre Wünsche und Forderungen würden
23 stärker berücksichtigt werden und die Resignation sinken.
24



1 **A9**

2 AntragstellerIn: Stephan Tautz

3
4 **Die Herausforderung der Biogerontologie erkennen und handeln**

5
6 *Zur Erläuterung: Die „Biogerontologie“ ist das Teilgebiet der Entwicklungsbiologie, das*
7 *sich mit der Erforschung der Ursachen biologischen Alterns und deren Folgen, der*
8 *Seneszenz (lat. senescere = ‚alt werden‘) von Einzelzellen (Biochemie) und Organismen*
9 *(Physiologie) beschäftigt.*

10
11 -----
12
13 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die
14 Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im
15 Gesundheitswesen weiterleiten:

16
17 Die Jusos Dresden fordern die Erarbeitung eines gesundheitspolitischen Konzeptes zur
18 Biogerontologie. Der Weg zu einem solchen Konzept kann unserer Ansicht nach nur
19 über einen breit geführten Dialog führen, der eine pragmatische und demokratisch
20 legitimierte Mehrheitsentscheidung zum Ziel hat.

21
22 Im Folgenden soll eine ausführliche Begründung darüber Aufschluss erbringen, warum
23 wir ein solches Konzept für dringend notwendig halten. Im Anschluss daran sollen
24 wichtige Grundzüge für einen solchen Dialog genannt werden. Dem Antrag hängt ein
25 Paper an, das einige der unserer Ansicht nach wichtigsten Aspekte und Probleme der
26 Biogerontologie benennt, die in einer solchen Diskussion zum Thema gemacht werden
27 müssen.

28
29 Die Biogerontologie ist im Verlauf vor allem des letzten Jahrzehnts zu einem der
30 wichtigsten Gebiete der medizinischen Forschung geworden. Dies ist schon allein aus
31 der Tatsache, dass die Altersproblematik immer weiter in die Mitte des öffentlichen
32 und politischen Bewusstseins gerückt ist, kaum verwunderlich. Neue politische
33 Konzepte werden diesem Phänomen angepasst. Im Diskussionspapier des ASG-
34 Bundesvorstands zur Medizin und Pflege in der älter werdenden Gesellschaft wird der
35 Ruf nach verstärkter Demenzforschung immer lauter. Doch Krankheiten wie Alzheimer
36 oder bestimmte Krebsarten sind nur Teilaspekte ein und desselben Phänomens: des
37 Alterns. Die Biogerontologie als die Wissenschaft vom Altern ist mit seiner
38 interdisziplinären Herangehensweise daher dem Gesamtphänomen des Alterns auf der
39 Spur. Die Ziele der Forschung reichen von einem schlichten besseren Altern, ähnlich wie
40 dem Ziel der Geriatrie, über längeres Altern bis hin zum vollständigen Abbruch des
41 Alterns. Gewiss ist man von dem Ziel der Unsterblichkeit noch weit entfernt und die
42 Aussagen darüber, wie nahe man einer merklichen Verlängerung der Lebensspanne ist,
43 gehen ebenfalls weit auseinander. Allerdings erscheint es grob fahrlässig,
44 grundsätzlich davon auszugehen, dass die Forschungen über kurz oder lang nicht zu
45 einem Ergebnis kommen werden. Allein die immensen Gewinnaussichten für die
46 Pharmaindustrie müssen einem die Augen öffnen. Man stelle sich nur vor, dass eine
47 Firma dazu in der Lage wäre, Leben in Form einer Pille zu verkaufen. Welchen Preis
48 würde man für eine solche Pille verlangen können?! Es ist daher kaum verwunderlich,
49 dass im angloamerikanischen Raum bereits große Summen für Altersforschung



1 bereitgestellt werden. Dieser Trend ist aber inzwischen kein rein amerikanisches
2 Phänomen mehr. Die Gründung von Einrichtungen wie beispielsweise dem Leibnitz-
3 Institut für Altersforschung oder dem Max-Planck-Institut für die Biologie des Alterns
4 zeigen deutlich, dass die Biogerontologie auch bei uns zu einem wichtigen
5 medizinischen Forschungsgebiet gehört. Allein diese Tatsache hält dazu an, der
6 Biogerontologie eine ihrer Wichtigkeit adäquate Stellung in der Gesundheitspolitik
7 zuzusprechen.

8
9 Die Wichtigkeit einer klaren Haltung gegenüber der Biogerontologie und ihren Zielen
10 entsteht nicht allein aus deren hohem Rang innerhalb der medizinischen Forschung,
11 sondern aus der immensen Tragweite ihrer irgendwann zu erwartenden Ergebnisse.
12 Wie oben bereits angedeutet, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar abgesehen
13 werden, wann die Forschung zu entscheidenden Erfolgen bei der Lebensverlängerung
14 gelangen wird. Jedoch besteht kaum ein Zweifel daran, dass diese Ergebnisse früher
15 oder später kommen werden. Man braucht wenig Vorstellungsvermögen um sich
16 auszumalen, welche weitreichende Folgen es für einen jede/n Einzelne/n oder die
17 Gesellschaft im Gesamten hätte, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung nur um
18 etwa zehn Jahre erhöht würde. Wie sähe dies dann aber erst bei einer Verdoppelung
19 der Lebensspanne aus? Da die Folgen dermaßen weitreichend wären, ist es politisch
20 unverantwortbar, unvorbereitet dieses Problem auf sich zukommen zu lassen, selbst
21 wenn das derzeit noch in den Bereich der Fiktion und nicht der Realität gehört.

22
23 Unserer Ansicht nach zeichnet sich gute Politik gerade dadurch aus, vorausschauend
24 Lösungen für zukünftige Probleme zu entwickeln, um dann zum rechten Zeitpunkt
25 wirkliche Alternativen anbieten zu können. Genau dieser Aufgabe muss die Politik in
26 Bezug auf die Biogerontologie gerecht werden. Die Biogerontologie und ihre Ziele
27 gehören ebenso zu den Herausforderungen der Zukunft im Gesundheitswesen wie der
28 im Beschlussbuch der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und
29 Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) angeführte demographische Wandel
30 und die damit verbundenen Umorientierung hin zu chronischen Krankheiten. Genauer
31 betrachtet muss man die Biogerontologie gerade auch als Teil dieser Umorientierung
32 ansehen. Bei unserem Antrag nach Entwicklung eines gesundheitspolitischen
33 Konzeptes im Bezug auf die Biogerontologie handelt es sich also um nichts anderes als
34 um die Forderung nach einer Antwort auf ein zu erwartendes Problem.

35
36 Ließe man die gerontologische Forschung auf sich bewenden, ohne sich um einen
37 klaren Standpunkt ihr gegenüber zu bemühen, sähe man sich in Zukunft vor
38 gewaltigen Schwierigkeiten. Ohne ein bestimmtes Konzept und klar definierte Regeln
39 könnten Ergebnisse der Altersforschung Schritt für Schritt Einzug in die Medizin halten.
40 Der Patient wäre dann nicht mehr dazu in der Lage, sich autonom für oder gegen
41 lebensverlängernde Maßnahmen entscheiden, da sie den Anschein einer normalen
42 medizinischen Neuerung hätten. Beispielsweise wären aus heutiger Sicht
43 Medikamente, die die durchschnittliche Lebensspanne um zehn Jahre verlängern, ein
44 erheblicher Eingriff. Durch einen schleichenden Einzug in das Gesundheitswesen
45 allerdings könnte der gleiche Eingriff innerhalb nur einer Generation als vollkommen
46 normal gelten. Bei diesem Beispiel geht es nicht darum, sich für oder gegen solche
47 Medikamente auszusprechen, sondern um das Aufzeigen des drohenden
48 Autonomieverlustes des Patienten gegenüber technischen Neuerungen. Eine
49 Gesellschaft sollte entscheiden können, welche medizinischen oder technischen



1 Neuerungen sie für sich in Anspruch nehmen will und nicht einfach alles erlauben, was
2 möglich ist.

3
4 Ein weiterer zu erwartender Nebeneffekt der unkontrollierten Einführung von
5 biogerontologischen Ergebnissen in die Alltagsmedizin könnte eine Schaffung einer
6 Zwei-Klassen-Medizin sein. Ginge man von der Existenz lebensverlängernder
7 Medikamente aus, dürfte man auch mit deren hohen Kosten rechnen, um einen
8 möglichst hohen Profit zu garantieren. Es ist offensichtlich, dass sich nicht jede/r solche
9 Medikamente leisten könnte, was zur Folge eine Aufspaltung der Gesellschaft in
10 Kürzer-, bzw. Längerlebige hätte. Diese offensichtliche Ungerechtigkeit würde auch im
11 klaren Widerspruch stehen zu den Eckpunkten der ASG für ein solidarisches und
12 leistungsfähiges Gesundheitssystem im vorsorgenden Sozialstaat.

13
14 Ein weiterer wichtiger Punkt, der Beachtung finden sollte, ist der Umstand, dass die
15 biogerontologische Forschung bereits seit vielen Jahren läuft. Längst ist sie kein
16 Forschungsgebiet der Pharmaindustrie im angloamerikanischen Raum mehr, sondern
17 zentrales Thema auch öffentlicher Forschungseinrichtungen in Deutschland. Doch wie
18 bereits oben angeklungen, sollte die Mehrheit einer Gesellschaft entscheiden, wie viele
19 Ressourcen sie für die Entwicklung von medizinischen und technischen Neuerungen
20 bereitstellen möchte und damit ihre Prioritäten zum Ausdruck bringen. Es geht also
21 nicht einzig um eine Entwicklung es Konzeptes zu der zukünftig zu erwartenden Zielen
22 der Biogerontologie, sondern auch um eine Haltung gegenüber der bereits laufenden
23 Forschung auf diesem Gebiet.

24
25 Aus den oben angeführten Gründen wird unserer Ansicht nach ersichtlich, dass es
26 höchste Zeit ist für ein gesundheitspolitisches Konzept zur Biogerontologie und ihren
27 Zielen.

28
29 Der unserer Ansicht nach einzige Weg zur sinnvollen Entwicklung eines solchen
30 Konzeptes ist ein breit angelegter Dialog, dessen Grundzüge im Folgenden näher
31 erläutert werden sollen.

32
33 Da das Ziel der Biogerontologie, die Verlängerung der Lebensspanne, jedes Mitglied der
34 Gesellschaft betrifft, muss auch jede/r die Möglichkeit haben, seine/ ihre Meinung in
35 den Diskurs einzubringen. Alle sind von diesem Thema direkt oder indirekt betroffen.
36 Auch wenn man sich für sich selbst gegen solche lebensverlängernde Maßnahmen
37 entscheidet, wäre man doch von einer Gesellschaft umgeben, in der dies grundsätzlich
38 möglich ist. Die Pluralität der Diskussionspartner muss die Pluralität der Gesellschaft
39 widerspiegeln. Jede soziale und ethnische Schicht der Bevölkerung muss zu Wort
40 kommen. Die Möglichkeit der Lebensverlängerung kann und darf nicht ein Frage des
41 Geldbeutels oder der Herkunft sein. Die Standpunkte großer Religionsgemeinschaften
42 müssen genauso beachtet werden, wie die von atheistischen Ethikern. Der Dialog muss
43 auch in Bezug auf das Alter der Teilnehmer breit angelegt sein. Keine bestimmte
44 Generation darf das Gespräch dominieren. An dieser Stelle wird man auf ein Problem
45 aufmerksam, welches ebenfalls bedacht werden muss: In einem solchen Dialog können
46 sich zwar alle gegenwärtigen Generationen zu Wort melden, die zukünftigen
47 Generationen, die von der Entscheidung ebenso betroffen sein werden, aber nicht.
48 Wenn man bedenkt, dass bestimmte Eingriffe der Gerontologie, wie beispielsweise die
49 Keimzellentherapie, irreversibel sind, so steht man auch vor der Herausforderung,



1 diesen zukünftigen Generationen gerecht zu werden. Um die Diskussion also nicht
2 allzu sehr vom derzeitigen Zeitgeist abhängig zu machen, erscheinen die Stimmen von
3 Trend- und Zukunftsforschern für unabdingbar. Das Ergebnis des Dialogs kann zwar
4 nur an unsere jetzige Lebenswirklichkeit zurückgebunden sein, allerdings müssen
5 ausreichend Transformationsmöglichkeiten für die zukünftige Gesellschaft vorhanden
6 sein. Ein weiterer wichtiger Grundzug des Dialogs besteht darin, dass dessen
7 TeilnehmerInnen nicht ausschließlich Experten sein dürfen. Es muss auf ein
8 ausgewogenes Verhältnis zwischen Experten der einzelnen Fachrichtungen und im
9 weitesten Sinne „einfachen BürgerInnen“ geachtet werden. Gerade wenn es um
10 pragmatische Lösungen geht, sollte man nicht den sogenannten „einfachen
11 Menschenverstand“ unterschätzen, zumal das Kriterium für den Lösungsansatz nicht
12 gut oder schlecht ist, sondern ob er von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird
13 oder nicht. Eine Grundvoraussetzung für eine solche Beteiligung der breiten
14 Bevölkerung an diesem Dialog ist die Schaffung eines Problembewusstseins für das
15 Feld der Biogerontologie. Hierfür ist in erster Linie Bildung und Aufklärung notwendig.
16 Die Frage nach der Form der Aufklärung soll hier bewusst offen gehalten werden. Fest
17 steht, dass gerade öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Ämter, sowie die
18 diversen Medien eine erhebliche Rolle dabei spielen sollten. Da die Thematik den
19 Lebensalltag der Menschen betrifft, sollten sie auch genau dort angesprochen werden.
20 Die Frage nach Zusammensetzung und Gewinnung der TeilnehmerInnen des Dialogs
21 sind damit in aller Kürze angesprochen worden. Es bleibt die Frage nach der Form des
22 Dialogs. Auch hier erscheint es uns sinnvoll, die Festlegung der genauen
23 Verfahrensweise in die Hände der Verantwortlichen zu übergeben. Dies gilt ebenso für
24 die Zeitspanne dieses Dialogs. Abgesehen davon erscheint uns folgendes Grundschema
25 als sinnvoll: Den Anfang macht eine erste, längere Phase der breit geführten
26 öffentlichen Aufklärung und Diskussion, die mit einer Sammlung sämtlicher
27 Meinungen schließt. In einer zweiten Phase müssen diese Meinungen durch
28 Vertretergruppen geordnet und in Bezug miteinander gebracht werden, sodass am
29 Ende ein mehrheitsfähiges Konzept steht. Den Abschluss muss dann in einer dritten
30 Phase eine irgendwie geartete demokratisch legitimierte Abstimmung über diesen
31 Konsensbeschluss bilden.

32
33 Ein weiterer wichtiger Grundzug des Dialogs sollte die stetige Ausrichtung an ein
34 pragmatisches und praxisbezogenes Ziel sein. Ziel soll eine mehrheitsfähige Haltung
35 gegenüber den Zielen der Biogerontologie sein, und nicht die Versöhnung miteinander
36 unvereinbarer Ideologien. Das Ergebnis des Dialogs soll die Gesellschaft und deren
37 politischen und juristischen Entscheidungsträger nicht die perfekte Lösung offenbaren,
38 sondern ihnen einen Handlungsmaßstab für den verantwortungsvollen Umgang mit
39 der Thematik der Biogerontologie an die Hand geben.

40



1 **A10**

2 AntragstellerIn: Stefan Engel

3

4 **„Ein Schritt in das 21. Jahrhundert“ – SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen**

5

6 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Juso-
7 Landesdelegiertenkonferenz mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-
8 Landesparteitag, den Juso-Bundeskongress und den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

9

10 Wir fordern, dass bei der Durchführung von Mitgliederbegehren innerhalb der SPD in
11 Zukunft nicht mehr nur die Abstimmung durch handschriftlich auszufüllende
12 Unterschriftenlisten möglich ist, sondern auch ein geeignetes online-Verfahren
13 bereitgestellt wird. Durch die Verwendung der eindeutig zuordenbaren SPD-
14 Mitgliedsnummer könnte eine Mehrfachabstimmung zuverlässig verhindert werden.

15

16 **Begründung:**

17

18 Unabhängig von der Frage wie gelungen das Mitgliederbegehren gegen die
19 verdachtslose Vorratsdatenspeicherung in seiner Ausgestaltung war, zeigte sich für die
20 Durchführenden ein zentrales Hemmnis: Das Festhalten an Unterschriftenlisten, die
21 persönlich ausgefüllt werden müssen, ist in einer Partei mit einem Aktivenanteil von
22 etwas über 10% und einem doch recht hohen Quorum für Mitgliederbegehren eine zu
23 große Hürde. Eine sichere und eindeutige Abstimmung in einem online-Verfahren ist
24 möglich und wäre ein kleiner Baustein zur fortdauernden Modernisierung der SPD.
25 Ausdrücklich soll die online-Abstimmung nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zum
26 bestehenden Verfahren verstanden werden.